



Innenminister will Kräfteeinsatz beim Fußball optimieren

Weil sich ein Teil der gewaltbereiten Fußballfans durch die Polizeipräsenz in den Stadien und in deren Umfeld gestört fühlt, ist Innenminister Ralf Jäger (SPD) Ende Juli in die Offensive gegangen. Jäger erklärte, dass die Polizei in NRW in Zukunft bei den Spielen der oberen drei Ligen ihre Präsenz deutlich verringern wird. Abgesehen von Risikospielen soll sie in Zukunft weder in den Stadien sichtbar sein, noch auf den An- und Abreisewegen der Fans. Statt der Polizeikräfte sollen die Vereine und von ihnen gestellte Ordner die Gästefans bei den Spielen begleiten und für die Sicherheit sorgen, auch im öffentlichen Raum. Sogar Bundesligaspiele ohne jede Polizeipräsenz sollen möglich sein. Kommt es trotzdem zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, sollen die notwendigen Polizeikräfte zwar schnell herangeführt werden, bis dahin sollen sie aber nur in den Seitenstraßen aufgestellt bereit stehen und zurückhaltend einschreiten. Wie viele Einsatzkräfte für die einzelnen Spiele bereitgestellt werden, soll in Zukunft bei Spielen, die in der Vergangenheit ohne Störungen verlaufen sind, nicht mehr der örtliche Einsatzführer der Polizei entscheiden, sondern das LZPD. Warum dieser Probelauf nicht offensiv öffentlich kommuniziert und mit den Netzwerkpartnern Fußball und den Gewerkschaften abgesprochen wurde, bleibt das Geheimnis des Innenministeriums. Es widerspricht aber der bisherigen Praxis, dass die Polizei in NRW bürgerorientiert, offen und transparent agiert.

Für die GdP ist das neue, zunächst bis 27. September geltende Sicherheitskonzept eine Bankrotterklärung der Politik gegenüber den bundesweit 4000 Gewalttätern, die nicht am Fußball sondern ausschließlich an Gewalt interessiert sind, und nicht nur gegnerische Fans gefährden, sondern oft auch unbeteiligte Dritte. „Statt gewaltbereite Fußballstraftäter zu isolieren und konsequent strafrechtlich zu verfolgen, ziehen wir uns jetzt auf Hinterhöfe und in die Seitenstraßen zurück und überlassen den Straftätern die Straße“, warnte unmittelbar nach Bekanntwerden von Jägers Plänen GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert in einem bundesweit verbreiteten Artikel der Bild-Zeitung. „Der Schwarze Peter wird schlicht den Vereinen zugeschoben“, kritisierte Plickert.

Nach dem neuen Einsatzkonzept sollen die Vereine in Zukunft „positiven Einfluss auf ihre Anhängerschaft nehmen, Gästefans durch Ordner begleiten und zusätzliche Volunteers einsetzen“. Die GdP bezweifelt, dass sich die bundesweit 4000 Gewalttäter unter den Fußballfans davon abschrecken

lassen. Sorge bereitet der GdP auch die Situation im öffentlichen Nahverkehr. „Den Unternehmen sagen wir: Seht zu, wie ihr die Fans vom Bahnhof in die Stadien bekommt, ohne uns“, kritisierte Plickert. Sollte es zukünftig zu Sachbeschädigungen in den Bussen und Bahnen kommen, werden die Verkehrsbetriebe sich sehr gut überlegen, ob sie diese Sonderfahrten noch durchführen. Dies würde das Problem in den Innenstädten für die Polizei deutlich erhöhen.

Auch außerhalb der GdP ist der Vorstoß von Jäger auf massive Kritik gestoßen. Liga-Präsident Reinhard Rauball äußert zwar offiziell „Verständnis“, kritisierte aber zugleich, dass die Deutsche Fußballliga (DFL) ebenso wie die betroffenen Vereine von Jäger nicht im Vorhinein über das Konzept informiert worden waren. Nach einem Bericht der Deutschen Welle hat Jäger inzwischen Rauball aller-

dings in einem persönlichen Gespräch „glaubhaft versichert, dass es nicht darum geht, die Polizei aus dem öffentlichen Raum zurückzuziehen“. Der Sicherheitsbeauftragte des DFB, Hendrik Große Lefert, erklärte zudem, für den DFB sei die klare Zusage entscheidend, „dass die Sicherheit auch künftig durch die bereitgestellten Einsatzkräfte gewährleistet wird“. Eine Zusage von Jäger, die man auch als Rückfalloption für den Fall verstehen kann, dass das neue Sicherheitskonzept scheitert.

Auch die meisten betroffenen Fußballvereine reagierten auf die Jäger-

→ Seite 2

Pokalspiel von Rot-Weiss Essen gegen MSV Duisburg in der vergangenen Saison. Platzstürmungen und Spielunterbrechungen könnten schon bald zum Alltag in vielen Stadien werden, wenn sich die Polizei komplett zurückzieht.

Foto: Michael Gohl



Probelauf auf dünnem Eis



Das Ziel, die Einsatzstärke der Polizei bei den Fußballspielen nachhaltig zu reduzieren, ist richtig, dafür tritt die GdP seit Langem ein. Überraschend ist jedoch die Vorgehensweise des Innenministers. Ohne mit den Innenministern der anderen Länder und des Bundes zu sprechen, ohne die Netzwerkpartner Fußball (DFB/DFL, Vereine, Städte, Fanprojekte, Deutsche Bahn

bzw. öffentliche Verkehrsbetriebe) über die beabsichtigten Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, werden den Fußballbehörden einsatztaktische Maßnahmen vorgegeben. Die Begründung, dass die Bereitschaftspolizei ein Drittel ihrer Arbeitszeit beim Fußball verbringe und man dies dem Steuerzahler nicht mehr zumuten könne, mag zwar den Außenstehenden ansprechen, hat aber mit der Realität nichts zu tun. Der hohe Personalaufwand beim Fußball liegt daran, dass NRW das Fußball-Land Nummer 1 ist. Von der 1. Bundesliga bis zur Regionalliga gibt es in NRW 30 Mannschaften, deren Spiele zu schützen sind. In der Vergangenheit haben die Polizeiführer vor Ort den Kräfteinsatz aufgrund der Sicherheitslage geplant – und nicht, weil die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei nichts mit ihrer Freizeit anfangen können. Wenn das Innenministerium jetzt dafür klare taktische Vorgaben macht, heißt das auch, wer die Verantwortung dafür übernimmt, wenn diese Einsätze aus dem Ruder laufen.

Wie dünn das Eis ist, auf dem sich das Ministerium dabei bewegt, hat sich bereits nach einer Woche gezeigt: Bei der Partie BVB II gegen Jahn Regensburg wurden nach 20 Minuten beim Zwischenstand von 3 : 0 Fahnenstangen geworfen, Müllcontainer umgestoßen, die Blockabspernung überstiegen und das Spielfeld betreten. Das Spiel musste unterbrochen werden. Fast wäre es zu einem Abbruch gekommen. Dies sind die Folgen, wenn man die Polizei komplett aus dem Stadion abzieht. Auch beim Spiel Fürth gegen Nürnberg konnte man schnell zu dem Ergebnis kommen, dass die Aggression der bundesweit 4000 gewaltbereiten Straftäter ungebrochen ist. Wer allen Ernstes daran glaubt, dass bei diesen Straftätern (ich sage bewusst nicht Fußballfans) Selbstreinigungskräfte eintreten, wenn sich die Polizei zurückzieht, verkennt die Realität. Bei dieser Gruppe darf die Polizei sich nicht zurückziehen. Die sonst entstehenden Freiräume würden nur als Schwäche angesehen und zur Begehung von Straftaten genutzt. Den Preis hierfür zahlen dann die unbeteiligten Fußballfans und unsere Kolleginnen und Kollegen.

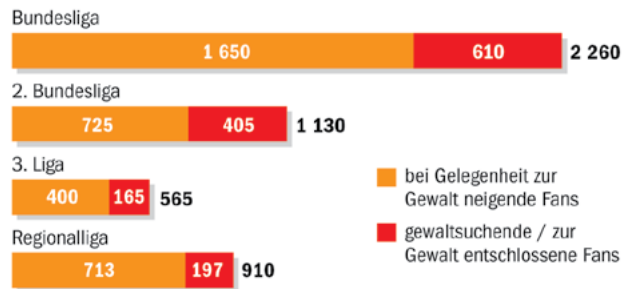
Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

Initiative skeptisch. Zustimmung bekam der Innenminister dagegen von den Faninitiativen. „So wie es sich anhört, sei es eine gute Sache, weil sie auf Forderungen von Fanvertretungen eingeht“, erklärte Volker Goll von der Koordinierungsstelle der Fanvertretungen. Ob das reicht, damit die Faninitiativen mäßigend auf die Problemfans in den eigenen Reihen einwirken können, bleibt allerdings zweifelhaft. Denn in allen Bundesligavereinen gibt es Gewaltstraftäter, auf die nicht nur der Verein, sondern auch die Faninitiativen jeden Einfluss verloren haben.

5000 Problemfans

Gewaltbereite Fußballfans in NRW



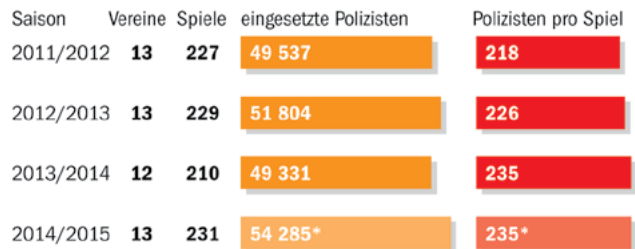
Quelle: Zentrale Informationsstelle Sporeneinsätze (ZIS), NRW-Jahresbericht Fußball 2012/2013



Bundesweit gibt es nach Angaben der ZIS rund 4000 Gewaltfans, die nicht an den Fußballspielen interessiert sind, sondern ausschließlich an Auseinandersetzungen mit den gegnerischen Fans. Nimmt man die Fans der Kategorie B hinzu, die zumindest bei Gelegenheit zu Gewalt neigen, gibt es bundesweit 17 000 Problemfans. 5000 davon kommen aus NRW. Sie sind nicht plötzlich weg, nur weil die Polizei ihre Präsenz bei den Fußballspielen reduziert.

Zahl der eingesetzten Polizisten nicht dramatisch gestiegen

Kräfteinsatz der Polizei in der Bundesliga, der 2. Bundesliga und der 3. Liga in NRW



* Prognose, bei gleichem Kräfteinsatz wie in der Vorsaison
Quelle: Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD)



In der Bundesliga-Saison 2014/2015 finden in NRW 231 Spiele in den oberen drei Fußballklassen statt, 21 mehr als im Jahr davor. Ob es dadurch tatsächlich zu dem von Innenminister Ralf Jäger befürchteten sprunghaften Anstieg der eingesetzten Polizisten kommt, ist allerdings unklar. Auch in der Saison 2011/2012 und der Saison 2012/2013 gab es in NRW bei 227 bzw. 229 Spielen fast genauso viele Begegnungen.



Vorratsdatenspeicherung, Predictive Policing, Datenschutz – wie sieht die Zukunft der Strafverfolgung aus?

GdP-Kriminalforum 2014

Eine erfolgreiche Strafverfolgung ist ohne Zugriffsrechte der Polizei auf die Telekommunikationsdaten der Straftäter nicht möglich. Darin sind sich alle Fachleute einig. Auch das Bundesverfassungsgericht sieht das so. Trotzdem mehren sich die Anzeichen, dass auch die seit mehr als einem Jahr regierende Große Koalition das Thema Vorratsdatenspeicherung in dieser Legislaturperiode nicht mehr angehen wird. Profitieren werden davon die Straftäter, nicht die Bürger. Für die GdP ist das nicht hinnehmbar. Unter dem Titel „Vorratsdatenspeicherung, Predictive Policing, Datenschutz – wie sieht die Zukunft der Strafverfolgung aus?“ wird sie deshalb am 2. Oktober auf einem Kriminalforum in Düsseldorf darüber diskutieren, welche Instrumente die Polizei im Internetzeitalter braucht, um Straftaten zu verhindern, und wie die Verfolgung der Täter und der Datenschutz der Bürger miteinander vereinbart werden können.

Im Januar 2008 führte Deutschland die Vorratsdatenspeicherung ein. Grundlage für die nationalen Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung war eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2006 (Richtlinie 2006/24/EG). Anlass waren u. a. die Terroranschläge in Madrid 2004 und in London 2005, das Ziel war eine bessere Verbrechensbekämpfung. Die Richtlinie regelte eine Pflicht zur Speicherung der Verkehrsdaten von mindestens sechs Monaten und höchstens zwei Jahren sowie die Art von Daten, die die Unternehmen konkret speichern müssen. Die Mitgliedstaaten sollten selbst sicherstellen, dass die Daten nur in bestimmten Fällen an die staatlichen Behörden weitergegeben werden.

In Deutschland wurde die laut Richtlinie geringstmögliche Speicherdauer von sechs Monaten gewählt. Der Zugriff der Ermittlungsbehörden sollte unter anderem „zur Verfolgung von Straftaten“, zur „Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentli-

che Sicherheit“ oder zur Erfüllung der Aufgaben der Geheimdienste dienen. Die Behörden brauchten eine richterliche Genehmigung.

Karlsruhe erklärt Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich für zulässig

Das Bundesverfassungsgericht erklärte das deutsche Gesetz im Jahre 2010 für nichtig, weil es gegen Artikel 10 Grundgesetz (Fernmeldegeheimnis) verstoße. Alle bisher gesammelten Daten mussten gelöscht werden. Allerdings sagte das Gericht nicht, dass die Vorratsdatenspeicherung generell rechtlich unzulässig sei. Ein deutsches Gesetz müsse nur weit mehr an Datensicherheit bieten und höhere Hürden für den staatlichen Zugriff auf die Daten aufstellen. Die Daten dürften nur für „überragend wichtige Aufgaben des Rechtsgüterschutzes“ abgerufen werden, zum Beispiel beim begründeten Verdacht einer schweren Straftat, etwa einer Anschlagplanung oder bei Kinderpornografie. Bei der präventiven Arbeit der Polizei müsse eine konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit von Personen bestehen.

Der EuGH hat jetzt auch die EU-Richtlinie gekippt, weil diese gegen die Grundrechte auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener Daten verstößt. Das Gericht hält die Pflicht zur Datenspeicherung für einen „besonders schwerwiegenden Eingriff“ in die besagten Grundrechte. Aus den Daten könnten sehr genaue Schlüsse auf die Gewohnheiten des täglichen Lebens der Bürger gezogen werden. Allerdings: Auch der EuGH sagt, dass die Datenspeicherung grundsätzlich zulässig sei, mit dem Ziel, schwere Kriminalität zu bekämpfen. Ebenso sei sie grundsätzlich geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Die bisherige Richtlinie sei jedoch viel zu weit gefasst und überschreite die Grenzen der Verhältnismäßigkeit, da zum einen



der Zugriff auf die Daten nicht auf die Verfolgung schwerer Straftaten beschränkt sei und es keine Pflicht zur gerichtlichen Kontrolle des Zugriffs gebe. Außerdem sei die Dauer der Speicherung (zwischen sechs und 24 Monaten) viel zu undifferenziert geregelt, Missbrauchsrisiken bei den speichernden Telefonunternehmen würden nicht wirksam genug bekämpft, und die Daten müssten im Gebiet der EU gespeichert werden.

Bundesregierung mauert

Eine Neuregelung müsste die Vorgaben des Karlsruher Urteils von 2010 zur Vorratsdatenspeicherung penibel umsetzen. Es ist jedoch fraglich, inwieweit ein nationales Gesetz jetzt politisch gewollt ist. Justizminister Heiko Maas hat schon betont, dass er nun zunächst abwarten wolle, da die Pflicht zur Umsetzung weggefallen sei. Vertreter der Sicherheitsbehörden und Politiker der Union weisen allerdings darauf hin, dass die

Fortsetzung auf Seite 5



Erfolgreich durchs Studium

Tipps für angehende Kommissaranwärterinnen und -anwärter

Der Start des Bachelorstudiums Polizeivollzugsdienst bedeutet für die angehenden Polizistinnen und Polizisten den Beginn eines neuen Lebensabschnitts. Viele Erwartungen, Hoffnungen und Zukunftswünsche sind damit verbunden. Die Ausbildung als Polizist ist in NRW als dualer Studiengang konzipiert, mit einer Theorievermittlung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, mit Trainingsmodulen in den Aus- und Fortbildungsstätten der Polizei (LAFP) und Praxiseinheiten in den Behörden. Um das drei Jahre dauernde Studium erfolgreich zu absolvieren und nicht den Überblick zu verlieren, steht die GdP mit ihren kompetenten Ansprechpartnern den Studierenden an allen Ausbildungsstandorten zur Verfügung. Für den richtigen Start ins Studium stellt die GdP hier Tipps und Erfahrungen von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern früherer Ausbildungsjahrgänge vor. Unter gdp-nrw.de und auf der GdP-App gibt es weitere wichtige Informationen rund um die Polizeiausbildung in NRW.

Melina Schniedermeier, 21, Einstellungs-jahrgang 2012, FHöV Dortmund.



„Unterschätzt das Studium nicht und setzt euch früh genug damit auseinander, in welchen Fächern ihr geprüft werdet. Dabei achtet nicht nur auf das Grundstudium, sondern auf das gesamte Studium. Macht von Anfang an im Unterricht mit, umso leichter werdet ihr die Zusammenhänge mit der Praxis verstehen. Das Grundstudium umfasst den größten Teil des Studiums. Am Ende stehen fünf Klausuren an, die ihr bewältigen müsst. Die meisten Dozenten werden Übungen mit euch machen, um euch darauf vorzubereiten. Ansonsten fragt eure Dozenten, ob diese mit euch eine ‚Probeklausur‘ schreiben. Dadurch bekommt ihr erst eine Vorstellung, wie die Klausuren aufgebaut sind. Und noch ein Tipp: Viele in meinem Jahrgang haben Lerngruppen gebildet, um sich auf die Klausuren vorzubereiten. Ich selber bin leider nicht der Typ zum Gruppenlernen. Eine Freundin und Kollegin aus meinem Kurs hat sich regelmäßig mit mir zusammengesetzt und über die Lerninhalte ausgetauscht. So konnten wir uns sehr gut ergänzen und haben den Weg bis hierhin gemeinsam beschritten. Tauscht euch dabei nicht nur innerhalb des Kurses untereinander aus, sondern setzt euch auch mit den anderen Kursen auseinander. Also unterstützt euch gegenseitig – Stichwort Teamwork.“

Und für das Training in Bork gilt: Falls ihr einen langen Anreiseweg habt, bildet Fahr- oder Wohngemeinschaften. Die Zeit in Bork macht Spaß und ist sehr hilfreich für die darauf folgende Praxis. Hier erfolgt ein Zusammenspiel von Theorie und Praxis. Passt bei den Rollenspielen stets auf, auch wenn sie manchmal langwierig erscheinen, wie z. B. bei dem Thema Verkehrsunfallaufnahme. Schließlich werden immer wieder neue Problematiken in den Rollenspielen behandelt und ihr steht am Anfang, da kann es auch mal länger dauern.“

Phil Ackers, 25, Einstellungs-jahrgang 2011, FHöV Köln.

„Die Studienzeit war eine spannende Zeit, denn hier legt man den Grundstein dafür, was jeder später als Polizist in seinem Beruf erreichen will. Ein gewisses Grundverständnis für Gesetzestexte schadet natürlich nicht, um gut durch das Studium zu kommen, aber meiner Meinung nach ist das Wichtigste die eigene Motivation. Erinnere dich bewusst auch in den praxisfernen Abschnitten daran, was dein Ziel ist und warum du dich für diesen Beruf entschieden hast. Wichtiger als teure Fachliteratur sind das Interesse und der Spaß an dem Beruf.“



Das Studium ist nur der Beginn. Der Beruf eines Polizisten verlangt eine ständige Weiterentwicklung der eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten. Seid fleißig, bleibt indi-

viduell. Und vor allem: Habt Spaß an eurem neuen Beruf!“

Jana Brandt, 22, Einstellungs-jahrgang 2011, FHöV Duisburg.



„Im September werde ich meinen Dienst nach dem dreijährigen Studium in meiner Wunschbehörde, dem PP Duisburg, in einer Polizeiinspektion aufnehmen. Das Studium an der Fachhochschule habe ich als sehr abwechslungsreich empfunden. Der Wechsel zwischen Theorie, den Trainings in Selm-Bork und den Praktika in Duisburg hat dazu geführt, dass die drei Jahre sehr schnell vergangen sind.“

Für das Studium selber kann ich nur raten, ständig mit dem Lernstoff ‚am Ball‘ zu bleiben. Vom ersten Tag an zu lernen und den vergangenen Stoff aufzuarbeiten, ist sehr wichtig, da ein versäumter Stoff vor den Klausuren nicht mehr vollständig aufzuholen ist. Alleine die Mitarbeit im Unterricht bringt sehr viel und hat dazu geführt, dass ich zu Hause nicht mehr so viel lernen musste. Durch diese Methode habe ich es auch geschafft, dass das notwendige Fachwissen für die Trainings- und die Praktikaphasen vorhanden war.“

Auch wenn jemand vielleicht lieber alleine lernt, habe ich die Erfahrung gemacht, dass es wichtig ist, sich mit anderen auszutauschen, einen Sachverhalt gemeinsam auszuformulieren und dem Dozenten zur Durchsicht zu überlassen. Dadurch ist man für die Aufgaben in den schriftlichen Prüfungen gut vorbereitet.“

Wertvolle Tipps kann man sich zudem immer bei den Studierenden der älteren Jahrgänge holen. Die Kolleginnen und Kollegen sind gerne bereit zu helfen. Abschließend möchte ich noch sagen: Sport ist bei der Polizei sehr wichtig. Aufgrund mangelnder sportlicher Leistung auszuscheiden ist unnötig und bitter. Jeder hat sicher seine Stärken und Schwächen im Sport. Für die Schwachstellen kann man die Unterstützung der Mitstudierenden und der Lehrenden in Selm-Bork wahrnehmen.“



Fortsetzung von Seite 3

Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung schwerer Verbrechen notwendig sei und eingeführt werden müsse. Die Diskussion um Sinn und Zweck der Vorratsdatenspeicherung dürfte also auch im nationalen Rahmen munter weitergehen.

Landeskriminaldirektor setzt auf Predictive Policing

Vor diesem Hintergrund überraschte eine Überlegung, die der Landeskriminaldirektor Schürmann unlängst äußerte, in dem er das „Predictive Policing“ als Vision eines

zukünftigen Strafverfolgungswerkzeugs ins Gespräch brachte. Dabei werden Datenbestände, die vorhanden sind, ausgewertet und für vorausschauende Kriminalitätsbekämpfung genutzt. Dieses System – ursprünglich einmal für die Erdbebenvorhersage in den USA entwickelt – wurde zunächst von der Polizei in Los Angeles und später auch in Zürich und Amsterdam angewandt, um z. B. die Einbruchskriminalität zu bekämpfen.

Wird die Polizei in Zukunft das Instrument der Vorratsdatenspeicherung nutzen können? Ist „Predictive Policing“ vor dem Hintergrund der Datenschutzdebatte überhaupt ein realistischer Ansatz? Die GdP möchte

aus fachlicher Sicht ihren Teil zu dieser Debatte beitragen. Mit Fachleuten aus Polizei, Justiz und Politik werden wir auf dem Kriminalforum am 2. Oktober darüber diskutieren, welche Argumente für eine Vorratsdatenspeicherung sprechen, welche dagegen, wie eine neue gesetzliche Regelung aussehen könnte und vor allem, wer die Opfer der jetzigen Hängepartie in Berlin sind. Daneben wollen wir erörtern, wie der Datenschutz nach der Rechtsprechung des EuGH die zukünftige Kriminalitätsbekämpfung beeinflussen wird.

Mehr Infos zum Kriminalforum:
www.gdp-nrw.de

Wir sind die GdP

Zu verschenken hat die GdP nichts, aber wenn es um die Unterstützung einer guten Sache geht, sind die Kolleginnen und Kollegen gerne mit dabei. Als Anfang August aus einer privaten Initiative heraus im Hochsauerland ein Spendenlauf über den Rothaarsteig organisiert wurde, bei dem die Helfer am Rande der Laufstrecke Spenden für das örtliche Kinderhospiz gesammelt haben, ließen sich die GdP-Kreisgruppen Olpe und Siegen nicht lange bitten. Mit zusammen 300 Euro haben sich beide Kreisgruppen an der Spendensammlung beteiligt. Das Ziel der Initiatoren, während des Laufs 10 000 Euro für das Kinderhospiz zu sammeln, konnte dadurch erreicht werden. „Auch wenn wir selber keine Läufer gestellt haben, war die GdP bei der Aktion mit dabei. Das war ein wichtiges Signal, das nicht nur bei unseren Mitgliedern gut angekommen ist, sondern auch in der Öffentlichkeit“, sagt der Olper Kreisgruppenvorsitzende Achim Henkel über die Aktion. Bei der Scheckübergabe kam auch das GdP-Velomobil wieder zum Einsatz. Eine Aktion, die es in ähnlicher Form auch schon in anderen Kreisgruppen gegeben hat.



Anzeige

Radiologische Gemeinschaftspraxis

**I. Wendt • Dr. A. Jachtmann • Dr. (B) R. Frank • Dr. B. Nebelung
Dr. H. Wegner • Ch. Baumgartner • Dr. J. Meyer • Dr. M. Müller**

Oberdießemer Str. 96 · 47805 Krefeld
Tel.: 0 21 51/4 99-0 · Fax 499 299



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2.9. Helene Timpe, Bottrop
- 5.9. Maria Breuer, Düren
- 7.9. Lore Meißner, Verl
- 12.9. Edith Felsner, Duisburg
Erwin Krug, Bochum
- 13.9. Elisabeth Soethe, Sendenhorst
- 16.9. Günther Herrmann, Kerpen
Horst Hoven, Arnsberg
- 19.9. Luise Lüttgens, Geilenkirchen
- 20.9. Everhard Becker, Köln
- 22.9. Gerda Behlau, Coesfeld
- 27.9. Wilma Stücker, Bielefeld
Gertrud Tobias, Düsseldorf

91. Geburtstag

- 12.9. Hildegard Hampel, Bochum
- 17.9. Gertrud Salewski, Lennestadt
- 20.9. Elisabeth Böhm, Münster
- 22.9. Franz Hupe, Duisburg

- 22.9. Hildegard Machholz, Recklinghausen
- 25.9. Rosalie Herzog, Weilerswist
Willibald Jasche, Detmold
- 26.9. Günter Link, Langenfeld
- 27.9. Heinz Tretting, Düren
- 28.9. Alfred Mertens, Waldbröl
Hans Siekmann, Bielefeld

92. Geburtstag

- 1.9. Kurt Lixfeld, Mülheim
- 7.9. Hanna Wallek, Herne
- 9.9. Magdalena Natelberg, Hörstel
- 11.9. Rudi Garmann, Ahaus
- 14.9. Klara Hackenberg, Münster
- 21.9. Marianne Ingendahl, Siegburg

93. Geburtstag

- 8.9. Marie Rothlübbers, Dorsten
- 12.9. Anneliese Herkenrath, Swistal-Heimerzheim
- 30.9. Luise Günther, Bonn

94. Geburtstag

- 1.9. Inge Schmidt, Velbert
- 7.9. Ursula Becker, Erkelenz
- 17.9. Heinz Krella, Herten

- 20.9. Johann Gebert, Illertissen
- 30.9. Josefine Winter, Hürth

95. Geburtstag

- 4.9. Heinz Bräer, Hennweile
Charlotte Vogt, Düsseldorf
- 9.9. Katharina Brune, Duisburg
- 12.9. Ernst Gräwinger, Wuppertal
- 13.9. Hedwig Probst, Bottrop
- 15.9. Hans Bauhoff, Köln
Wolfgang Hofmann, Bonn
- 16.9. Hilda Horstmann, Dinslaken
- 25.9. Wilhelm Adorf, Frechen
- 26.9. Anneliese Goertz, Mönchengladbach
- 29.9. Helene Halbach, Wuppertal

96. Geburtstag

- 9.9. Elisabeth Ortmann, Duisburg
- 30.9. Luise Haarhaus, Gelsenkirchen

98. Geburtstag

- 9.9. Katharina Brodesser, Bonn

101. Geburtstag

- 4.9. Otto Kult, Unterweißbach

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Der Präventiv-Charakter der Bodycam ist gnadenlos hoch

Weil sich die Grünen querlegen, gibt es in NRW bislang kein Pilotprojekt zum Einsatz von Bodycams, obwohl die seit 2012 in Hessen in Problemvierteln mitgeführten Kameras zu einer deutlichen Verringerung der Angriffe auf die Polizei beigetragen haben. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert wollte sich mit der abschlägigen Antwort von Innenminister Ralf Jäger (SPD) nicht zufriedengeben und hat Anfang August Frankfurter Kollegen bei einer Nachtschicht begleitet, bei der die Bodycam eingesetzt worden ist. Sein Fazit: Der Präventiv-Charakter der Bodycam ist gnadenlos hoch. Die Datenschutzbedenken, die von den Kritikern der Kamera geltend gemacht werden, halten dagegen dem Praxistest nicht stand. Der GdP-Landesvorsitzende hat deshalb die Innenpolitiker in NRW aufgefordert, ebenfalls eine Nachtschicht der Frankfurter Polizei zu begleiten. „Dann werden sie selbst sehen, dass diese Technik sinnvoll ist“, sagte Plickert nach seinem Besuch in Frankfurt gegenüber der Rheinischen Post.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe ist der 6. September 2014.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de



Zu wenige Frauen in Führungsfunktionen

Frauen sind seit über 30 Jahren ein Teil der Polizei und aus dieser nicht mehr wegzudenken. Die Vorteile einer heterogenen Belegschaft stehen längst außer Frage. Bei den Neueinstellungen liegt der Frauenanteil in NRW mittlerweile zwischen 36 und 38 Prozent, trotzdem sind Frauen in Führungspositionen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Um das zu ändern, fordert der Landesfrauenvorstand der GdP eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sieht sich darin durch zwei aktuelle Studien der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung und des Innenministeriums NRW bestätigt.

In der von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebenen Studie „Nach Leistung, Eignung und Befähigung? – Beurteilung von Frauen und Männern im Polizeidienst“ werden bundesweit die Aufstiegschancen von Polizistinnen verglichen. Das wichtigste Ergebnis: Frauen sind im gehobenen und höheren Dienst deutlich seltener unter den besten und zweitbesten Gesamturteilen vertreten als ihre männlichen Kollegen. Auch schneiden Teilzeitbeschäftigte in der Regel schlechter ab als Vollzeitbeschäftigte. Das erklärt auch, warum das von der Landesregierung festgelegte Ziel eines Frauenanteils von 50 Prozent in allen Beförderungsämtern noch längst nicht erreicht ist.

Von den meisten Beschäftigten bei der Polizei wird die Forderung nach einer Frauenquote trotzdem eher skeptisch gesehen. Auch die Frauen argumentieren, dass sie ihren männlichen Kollegen gegenüber nicht bevorzugt behandelt, sondern nach ihrer Leistung gerecht beurteilt werden wollen. Dass hier Handlungsbedarf besteht, zeigt

die Böckler-Studie (siehe Grafik).

Parallel dazu hat das Innenministerium NRW durch den früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Hans-Jürgen Papier, ein eigenes Gutachten über die Zulässigkeit von Zielquoten für

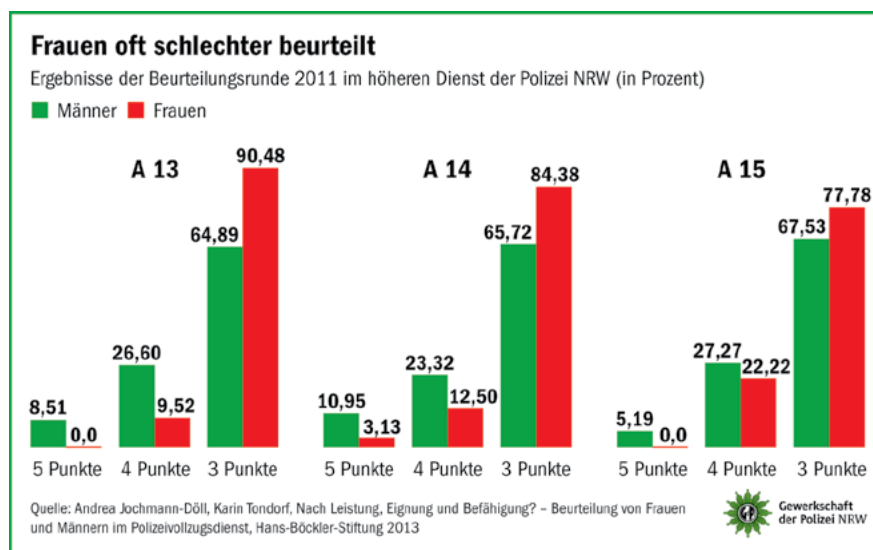
Frauen in Führungsfunktionen erstellen lassen. In seinem Gutachten weist Papier darauf hin, dass eine leistungsbezogene Quote für Frauen bereits Status quo in NRW ist, dass sie aber nicht hinreichend greift.

Er schlägt deshalb finanzielle Sanktionen oder Anreize bei Nichterreichen der Quote vor. Ob dadurch



die Chancengleichheit von Frauen im öffentlichen Dienst steigt, ist allerdings nach Meinung der GdP-Frauen fraglich. „Um deren Aufstiegschancen zu verbessern, wäre eher der Vorschlag der Böckler-Studie hilfreich, bei der Beurteilung nur die Leistung zu berücksichtigen, die im Rahmen der individuell vereinbarten Arbeitszeit tatsächlich erbracht werden kann“, sagt GdP-Landesfrauenvorsitzende Martina Filla. Gerade Frauen arbeiten oft in Teilzeitbeschäftigung, da sie privaten Fürsorgeaufgaben nachkommen. Alte Klischees wie „Weniger Arbeitszeit = weniger Leistung“ dürfen nicht länger bedient werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nimmt in den Lebensläufen der Beschäftigten eine immer größer werdende Rolle ein. Die daraus resultierende Mehrfachbelastung, der sich häufig Frauen gegenübersehen, darf nicht auch noch zum Karrierehemmnis werden, fordert sie.

Aus diesem Grund dringen die GdP-Frauen auf eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen bei der Polizei. „Die Arbeitsbedingungen in den Behörden müssen stärker an die Lebensrealität der Beschäftigten angepasst werden, auch im Bereich der Führungstätigkeiten. Nur so bleibt die Polizei zukunftsfähig“, so Landesfrauenvorsitzende Filla.



In NRW werden Polizistinnen nach den gleichen Kriterien beurteilt wie ihre männlichen Kollegen, trotzdem schneiden sie in den Beurteilungsrunden für den höheren Dienst häufig schlechter ab. Einer der Gründe dafür ist, dass sie wegen einer vorübergehenden Familienphase bestimmte berufliche Erfahrungen nicht machen konnten.



Musterformular gegen Streichung des Urlaubsgeldes

Noch in diesem Jahr will das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entscheiden, ob durch die bereits 2003 von der damaligen Landesregierung vorgenommene Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzungen beim Weihnachtsgeld der Verfassungsgrundsatz der amtsangemessenen Alimentation verletzt wird. Das hatte Mitte Juli ein Sprecher des Bundesverfassungsgerichts erklärt, nachdem die GdP mehr als 12 000 Briefe von Po-

lizistinnen und Polizisten aus NRW in Karlsruhe übergeben hat (DP 8/2014). Bis die endgültige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vorliegt, gilt trotzdem weiter der Rechtsgrundsatz, dass alle Beamten zeitnah Widerspruch gegen die Streichung des Urlaubsgeldes einlegen müssen. Nur dann wahren sie ihren Rechtsanspruch auf eine mögliche Nachzahlung.

Die GdP hat dazu einen Musterantrag auf ihrer Homepage bereitgestellt.

Glücksnummern des Monats

45 18190
Sandra Grünkorn, Köln
45 22187
Frank Bahl, Recklinghausen
45 17889
Julian Rüb, Bergisches Land
45 24825
Philipp Schmitz, Ennepe-Ruhr

Die Gewinner erhalten eine GdP-Filz-Business-Mappe „Felting“.

GdP aktiv

8. 9., Personalrätekonferenz 2014 des DGB: Zukunftsfähiger öffentlicher Dienst – ist NRW gut aufgestellt?, Kulturzentrum Herne.

17. 9., Außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14 Uhr, großer Sitzungssaal, Norbertstr. 165 (ehemalige Polizeischule), Essen. Gastreferent wird Rainer Peltz, PHPR-Vorsitzender

und stellvertretender Landesvorsitzender sein, der über aktuelle Themen (z. B. Verwendungseinschränkung, Personalstärke) informiert.

2. 10., GdP-Kriminalforum, Vorratsdatenspeicherung, Predictive Policing, Datenschutz – Perspektiven für eine polizeiliche Strafverfolgung, Bürgersaal in den Düsseldorf Bilk Arkaden, Bachstraße 145, Düsseldorf.



So sehen Sieger aus: Beim bundesweiten WM-Tipp-Spiel der GdP hat das Team des Verkehrskommissariats II der Polizeibehörde Wesel bei der Mannschaftswertung den ersten Platz erreicht. Dem Landesbezirk war das hervorragende Abschneiden der GdP-Kollegen eine kleine Ehrung wert. Landesvorsitzender Arnold Plickert hat Anfang August den glücklichen Gewinnern Michael Overbeck und Harald Hemsteg ein kleines Präsent überreicht.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bielefeld

7. Oktober, Neuwahl des Seniorenvorstandes, Treffpunkt: 15 Uhr, Gaststätte Hollmann, Otto-Brenner-Str. 77, 33607 Bielefeld.

Kreisgruppe Düren

3. September, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14 Uhr, Restaurant Strepp am See, Kreuzau-Obermaubach.

Kreisgruppe Köln

18. September, Informationstreffen, Elvira Hartmeier von der Sparkassengruppe „Geld und Haushalt“ referiert zum Thema „Das Alter finanziell meistern, Informationen zu Betreuung und Pflegekosten“, Treffpunkt: 14 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln.

NACHRUFE

Ingo Kohlen	9.7.1956	Aachen	Hans-Joachim Lichtenberg	22.8.1940	Gelsenkirchen
Engelbert Sauder	8.6.1927	Aachen	Margarete Nabers	4.9.1926	Gelsenkirchen
Jürgen Delfs	17.7.1927	AP Düsseldorf	Dieter Koßlar	10.4.1945	Heinsberg
Heinz Kallweit	28.2.1925	AP Düsseldorf	Peter Ezer	19.8.1931	Köln
Heinz Wittenstein	18.11.1935	AP Düsseldorf	Kaspar Wittfeld	24.7.1929	Köln
Werner Sieweke	13.5.1932	Bielefeld	Wilhelm Steinhaus	28.5.1922	Märkischer Kreis
Agnes Lerch	3.12.1921	Bochum	Alwine Winkler	7.7.1920	Mettmann
Herbert Moll	28.11.1938	Bonn	Heinz Jessen	22.2.1926	Neuss
Paul-Walter Kania	13.3.1928	Bottrop/Gladbeck	Karl-Heinz Meier-Gerdingh	9.5.1928	Oberhausen
Norbert Sleboda	15.6.1932	Bottrop/Gladbeck	Elisabeth Jellonek	25.11.1921	Recklinghausen
Heinz Mägdefrau	24.6.1931	BZ Erich Klausener	Friedhelm Milke	14.10.1938	Recklinghausen
Siegfried Barton	24.9.1938	Dortmund	Wilhelm Borutta	27.2.1925	Siegburg
Ruth Gorgs	13.12.1923	Dortmund	Paul Steverding	1.10.1928	Steinfurt
Gero Huth	8.8.1942	Düsseldorf	Karlheinz Rose	9.9.1937	Viersen
Willi Birck	8.4.1924	Ennepe-Ruhr	Anna Fortak	12.01.1925	WSP NRW

